

Beilage 1961/2009 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend ein Zukunftskonzept "Oberösterreichisches Lehrlingsausbildungsmodell"

Gemäß § 26 Abs. 6 Öö. LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Öö. Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ehestmöglich ein Zukunftskonzept für ein neues "Oberösterreichisches Lehrlingsausbildungsmodell" zu entwickeln und umzusetzen, das

1. alle bestehenden Informations- und Beratungsangebote im Übergang von der Pflichtschule zur Berufsausbildung und alle Sondermaßnahmen, die Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz in Oberösterreich zur Verfügung stehen, in einem Netzwerk bündelt, auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und weiterentwickelt sowie
2. neben den bestehenden schulischen und betrieblichen Ausbildungsangeboten den Ausbau zukunftsorientierter Berufsausbildungen im Rahmen alternativer Instrumente wie zum Beispiel überbetriebliche Lehrwerkstätten unter Nutzung bestehender Ressourcen vorsieht,

um in Hinkunft bessere Voraussetzungen zu bieten, dass junge Menschen den Beruf erlernen können, der ihren Fähigkeiten und Vorstellungen am Besten entspricht, sowie regionale und soziale Nachteile ausgeglichen werden.

Begründung

Im Juni 2009 waren in der Gruppe der 20- bis 24-Jährigen 62 Prozent mehr arbeitslos gemeldet als vor einem Jahr. Besonders junge Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind häufiger als Gleichaltrige von hohem Arbeitslosigkeitsrisiko, geringem Einkommen und Unzufriedenheit mit dem Job betroffen. 17 Prozent der 20- bis 24-Jährigen haben lediglich einen Pflichtschulabschluss.

Eine aktuelle Studie des Instituts für Erwachsenenbildung und Bildungsforschung (IBE) an der Universität Linz im Auftrag der AK Oberösterreich zeigt, dass vor allem vier Merkmale einen entscheidenden Einfluss darauf ausüben, ob jemand ohne Berufsausbildung bleibt: der Wohnort, der Bildungsgrad der Eltern, die Muttersprache und besonders die fehlende Möglichkeit, den Wunschberuf zu erlernen.

Erwartungsgemäß sind Jugendliche mit Migrationshintergrund weitaus häufiger in der Gruppe der "Unausgebildeten" zu finden als Jugendliche ohne "Bildungsarmut" ist dennoch kein spezielles Ausländerthema, weil letztlich der Bildungsgrad der Eltern das Sprachverständnis und auch die Berufswahl beeinflusst. An Motivation mangelt es diesen Jugendlichen laut der Studie nicht. Mehr als die Hälfte der Befragten plant einen formellen Bildungsabschluss (der relativ höchste Anteil ist bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu finden).

Besonders hoch ist für den Jugendlichen bzw. die Jugendliche das Risiko,

ohne Berufsausbildung zu bleiben, wenn keine Möglichkeit besteht, den Wunschberuf zu erlernen, weil die passende Lehrstelle fehlt. Damit junge Menschen den Beruf erlernen können, der ihren Fähigkeiten und Vorstellungen entspricht, muss das Angebot an Lehrstellen ausgebaut werden. Unter der Nutzung bestehender Ressourcen sollen überbetriebliche Lehrwerkstätten und Ausbildungsverbände errichtet und weiter forciert werden, um Lehrlinge ausbildende Betriebe adäquat zu ergänzen. Das geforderte Zukunftskonzept der Landesregierung soll außerdem die Bündelung, Überprüfung und Weiterentwicklung aller einschlägigen Maßnahmen umfassen, um ein Netzwerk aller Akteure der Jugendausbildung zu etablieren.

Linz, am 6. Juli 2009

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais, Jahn, Sulzbacher, Lindinger, Kraler, Pilsner, Lischka, Chansri, Röper-Kelmayr, Kapeller, Bauer, Affenzeller, Eidenberger, Peutlberger-Naderer, Schmidt, Schenner, Schreiberhuber